

**Niederschrift
über die
50. Sitzung des Integrationsbeirates
am 29. November 2024
im Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Regensburg**

Beginn: 16:36 Uhr
Ende: 17:27 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1	Frau Arndt-Grunde i, Anja	X		
2	Herr Prof. Dr. Brunnbauer , Ulf	X		
3	Herr Cetinkaya , Nurdođan	X		
4	Herr Fonseca Santovito , Rogerio			X
5	Frau Funk , Erika Eva		X	
6	Frau Hanifah , Mumtaz		X	
7	Frau Jackiewicz , Jolanta		X	
8	Frau Lang , Julia	X		
9	Herr Dr. Mårton , Mihai-Paul	X		
10	Herr Paquay Rovira , Pedro		X	
11	Frau Pelties , Marta		X	
12	Frau Rist-Kaip , Tünde	X		
13	Herr Sarik , Haritun	X		
14	Herr Sbirkov , Ivan	X		
15	Frau Schwarz , Stephanie	X		
16	Frau Shahedi , Monir	X		
17	Herr Sirreah , Bassel		X	
18	Frau Stabnau , Hae-Gyung	X		
19	Frau Stupavsky , Anna	X		
20	Frau Torreblanca Cruz , Mariana	X		
21	Frau Wudtke , Valentina		X	
		13	7	1

Beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt
1	Für die CSU-Fraktion: Dechant , Bernadette (Stellvertretung: Tahedi , Erich)		(X) Frau Dechant (X) Herr Tahedi
2	Für die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN: Gaittet , Daniel (Stellvertretung: Eberlein , Theresa)	(X) Herr Gaittet	
3	Für die BRÜCKE-Fraktion: Simon , Bettina (Stellvertretung: Wolbergs , Joachim)		
4	Für die SPD-Fraktion: Irmisch , Alexander (Stellvertretung: Kolbe-Stockert , Evelyn)	(X) Herr Irmisch	
5	Für die ÖDP-Fraktion: Graf , Joachim	(X) Herr Graf	
6	Für die Freie Wähler-Fraktion: Radler , Kerstin		(X) Frau Radler

Weitere beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt
1	von Seiche , Julia (Initiative „Ausbildung statt Abschiebung!“ e. V.) (Stellvertretung: Koller , Dr. Doris)		(X) von Seiche
2	Hanusa , Helga (Keine Bedienung für Nazis e. V.) (Stellvertretung: Simek , Ludwig)	(X) Frau Hanusa	
3	Wiesmann , Burkard (BI Asyl Regensburg) (Stellvertretung: Streitberger , Gotthold)	(X) Herr Wiesmann	
4	Issakha , Youssouf (CampusAsyl e.V.) (Stellvertretung: Kidan , Helen)	(X) Frau Kidan	
5	Firat , Nihat (Migrationsausschuss der IG Metall Regensburg)		
6	Cetinkaya , Aylin (Alevitische Gemeinde Regensburg und Umgebung e. V.) (Stellvertretung: Firat , Nihat)		
7	Maltz-Schwarzfischer , Gertrud (Oberbürgermeisterin Stadt Regensburg)		(X)

Anwesende Mitglieder der Stadtverwaltung:

	Name
1	Herr Vernim , Matthias (Amt für Integration und Migration)
2	Frau Spitaler-Kossok , Ines (Amt für Integration und Migration)
3	Frau Dirnberger , Melanie (Amt für Integration und Migration)

Top 1: Begrüßung und Aktuelles

Berichterstattung: Vorstand

Frau Lang begrüßt alle Anwesenden und stellt mit 13 Anwesenden Beschlussfähigkeit fest. Sie verliest die entschuldigenden Mitglieder und betont, dass vor Weihnachten im Hinblick darauf, dass auch viele andere ehrenamtliche Termine stattfänden, es sehr bewundernswert sei, dass man so vollzählig da sei. Frau Lang freut sich über die Anwesenheit der beratenden Mitglieder sowie der Stadträte. Frau Lang begrüßt als neues Gesicht, das aber bereits viele kennen, Frau Helen Kidan von CampusAsyl und bittet sie, sich kurz vorzustellen.

Frau Kidan stellt sich vor und erklärt, dass sie bereits seit einigen Jahren im Vorstand von Campus Asyl und seit diesem Jahr auch Kassenwart sei. Frau Lang heißt Frau Kidan in der Runde willkommen. Frau Kidan bedankt sich.

Als erstes stehe der aktuelle Bericht zur Planung der Internationalen Wochen gegen Rassismus auf der Tagesordnung. Frau Lang bittet hierzu Herrn Cetinkaya einen kurzen Zwischenstand zu berichten und übergibt das Wort an ihn.

Top 2: Aktueller Bericht zur Planung der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2025

Berichterstattung: Herr Cetinkaya

Herr Cetinkaya berichtet, dass gestern das zweite Planungstreffen hybrid, also in Präsenz und online, stattgefunden habe. Ungefähr 17 Teilnehmer seien dabei gewesen und die Planungen schreiten voran, wie man es wolle. Es seien bereits einige Veranstaltungen fest, auch vom Integrationsbeirat.

Der Antirassismustag am 21. März sei angemeldet und sei damit auch fix gesetzt. Die Arbeitsgruppe Veranstaltungen plane eine zusätzliche Veranstaltung des Beirats. Hier sei er mit AGABY im Austausch, um das Thema genau zu definieren und den Tag noch abzuklären. Er denkt, man kriege hier noch eine Veranstaltung hin.

Frau Lang bedankt sich bei Herrn Cetinkaya und geht zum nächsten Punkt über.

Top 3: Beratendes Mitglied von Ukrainisch-Bayerischer Verein „Hromada Regensburg e. V.“

Berichterstattung: Vorstand

Frau Lang erklärt, dass es beim letzten Mal bereits eine Vorstellung des Vereins „Hromada Regensburg e. V.“ gab. „Hromada“ heiße im Übrigen übersetzt „Gemeinschaft“. Damals sei bereits der Wunsch geäußert worden, als beratendes Mitglied Teil des Beirats zu werden. Der Verein wisse auch bereits, wer aus dem Verein diese Aufgabe übernehmen könnte. Frau Jundt sei ja früher bereits Mitglied im Integrationsbeirat gewesen. Auch hier wolle sie sich gerne wieder beteiligen und beratend zur Seite stehen.

Frau Lang hält dies für eine gute Idee, auch weil es aktuell im Beirat noch niemanden aus der Ukraine gebe. Daher würde Frau Lang dies sehr begrüßen. Sie fragt, ob es hierzu noch Aussprachebedarf gebe. Dies ist nicht der Fall.

Es wird festgestellt, dass keine Gegenstimmen vorliegen und der Beschluss einstimmig angenommen wird.

I. Beschlussvorschlag

Der Integrationsbeirat bittet den Verein Ukrainisch-Bayerischer Verein „Hromada Regensburg e. V.“ gemäß § 4 Abs. 9 der Integrationsbeiratsatzung (IBS) um Entsendung eines beratenden Mitglieds in den Integrationsbeirat der Stadt Regensburg.

II. Begründung

Der Verein ist ein Zusammenschluss von Regensburgerinnen und Regensburgern, für die die Ukraine, die ukrainische Kultur, Traditionen und Geschichte eine Herzensangelegenheit sind.

„Hromada“ steht für das ukrainische Wort „Gemeinschaft“- und genau dies ist das Ziel: ein Miteinander der Regensburgerinnen und Regensburger mit den Ukrainer*innen. Unter dem Motto „Helfen, Verbinden, Vereinen“ unterstützt der Verein Ukrainerinnen und Ukrainer bei der Integration, gibt moralischen Rückhalt und schafft ein kleines Stück Heimat in Regensburg.

(Beschreibung der Vereinstätigkeit übernommen von <https://hromada-regensburg.de/uber-uns>)

III. Beschluss nach Abstimmung

einstimmig beschlossen

Top 4: Beschluss: Finanzierung von Informationsmaterial zur Aufklärung Drei-M*-Straße

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit

Frau Lang verweist auf die nächste Beschlussvorlage der AG Politik, Soziales und Antirassismus. Hier gehe es um die Finanzierung bzw. Mitfinanzierung von Informationsflyern für eine Aufklärungsveranstaltung zusammen mit anderen Kooperationspartnern. Frau Lang übergibt das Wort an Frau Arndt-Grunde.

Frau Arndt-Grunde erläutert, dass hier bereits in der letzten Sitzung beschlossen worden sei, mit dem AK BIPOC und dem Stadtjugendring zusammenzuarbeiten, um die Bevölkerung über die Problematik mit dem Namen der Straße zu informieren. Damals sei vergessen worden, dass man hierfür evtl. ein kleines Budget brauchen könne, das man für die Erstellung von Informationsmaterial ausgeben könne. Aus diesem Grund nun diese Vorlage.

Frau Lang fragt, ob es hierzu noch Aussprachebedarf bzw. Fragen gibt.

Herr Márton fragt nach, ob die im Beschluss angegebenen 300 Euro hierfür ausreichend seien. Frau Arndt-Grunde geht schon davon aus. Man wollte zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht mehr beantragen. Die AG treffe sich auch erst demnächst mit den beiden Organisationen, um dies genauer zu besprechen. Sie gehe aber davon aus, dass dies schon reiche.

Frau Lang ergänzt, dass es hierbei, wenn sie es richtig verstehe, darum gehe, die Flyer zu drucken und nicht um Grafikkosten. Man wisse auch noch nicht genau, wie dieser aussehen werde, ob im Postkartenformat oder nicht. Sie vertraue hier der Arbeitsgruppe. Frau Arndt-Grunde erklärt, dass der Flyer natürlich dem Vorstand vorgelegt werde, bevor dieser dann final in Auftrag gegeben werde.

Frau Lang bedankt sich und fragt, ob es noch Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall.

Es wird festgestellt, dass keine Gegenstimmen vorliegen und der Beschluss einstimmig angenommen wird.

I. Beschlussvorschlag

Der Integrationsbeirat beschließt, dass er ein Budget von bis zu 300,00 € für Flyer/Infomaterial zur Drei-M*-Straße zur Verfügung stellt, damit dieses Infomaterial an den in der Sitzung vom 20.09.2024 beschlossenen Infoständen verwendet werden kann. Die fertigen Entwürfe werden vor Veröffentlichung dem Vorstand zur Freigabe vorgelegt.

II. Begründung

In der Sitzung vom 20.09.2024 wurde beschlossen, dass der Integrationsbeirat an Infoständen in der Drei-M*-Straße teilnimmt, die gemeinsam mit dem AK BIPoC und dem Stadtjugendring durchgeführt werden sollen. Die Infostände sollen zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Straßennamen beitragen sowie dazu, einen gesellschaftlichen Dialog voranzutreiben und Aufklärungsarbeit zu leisten. Zu diesem Zweck erstellt die AG-Politik Soziales und Antirassismus gemeinsam mit dem AK BIPoC und dem Stadtjugendring Flyer/Infomaterial. So können Passantinnen sich weiterführend mit der Thematik beschäftigen und recherchieren. Die Öffentlichkeitsarbeit kann somit sinnvoll unterstützt werden.

III. Beschluss nach Abstimmung

einstimmig beschlossen.

Top 5: Beschluss: Sprach(en)förderung im Vorschulalter (Kinder von null bis sechs Jahren)

Berichterstattung: AG Sprache, Bildung und Kultur

Frau Lang berichtet, dass im Rahmen der Klausurtagung ein weiterer Antrag ausgearbeitet worden sei von der AG Sprache, Bildung und Kultur. In diesem Fall von Frau Stupavsky zur Sprachförderung im Vorschulalter. Frau Lang empfindet dies als eine tolle Initiative und bittet Frau Stupavsky hierüber zu berichten.

Frau Stupavsky erklärt, dass diese Idee aus der Klausurtagung erwachsen sei. Es gehe letzten Endes zunächst darum, dass man eine Basis, eine Information von der Stadt habe, damit die AG auf dieser Grundlage weiterarbeiten könne.

Frau Lang stellt fest, dass die Beschlussvorlage allen im Vorfeld zugeschickt worden sei und fragt nach, ob es noch Aussprachebedarf gebe. Dies ist nicht der Fall.

Es wird festgestellt, dass keine Gegenstimmen vorliegen und der Beschluss einstimmig angenommen wird.

I. Beschlussvorschlag

Der Integrationsbeirat bittet die Stadt Regensburg um Auskunft:

1. Wie viele Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren mit ausländischer Nationalität bzw. Migrationshintergrund leben in Regensburg? Bitte nach Nationalität bzw. Herkunftsland und Stadtteilen aufschlüsseln.
2. Welche Maßnahmen zur Förderung von Mehrsprachigkeit im Vorschulalter (0-6 Jahre) gibt es in Regensburg, sowohl städtische als auch von anderen Trägern?
3. Welche Maßnahmen zur Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache für Kinder im Vorschulalter (0-6 Jahre) gibt es in Regensburg, sowohl städtische als auch von anderen Trägern?
4. Welche bilingualen Kindertageseinrichtungen gibt es in Regensburg?

II. Begründung

Zweck des Integrationsbeirats ist es, die Teilhabe von Bürgern mit Migrationshintergrund zu verbessern. Er fördert die gleichberechtigte politische, kulturelle und soziale Partizipation und fördert die Integration. Dazu gehört unbedingt und in wesentlichem Maße die sprachliche Integration, sowohl im Sinne einer gelebten Mehrsprachigkeit als auch des Beherrschens der deutschen Sprache, ob als Erst- oder Zweitsprache. Das gilt insbesondere für das frühe Kindesalter. Für die weitere bedarfsgerechte Bearbeitung dieses Themenfeldes benötigt der Integrationsbeirat zunächst die o. g. Auskünfte.

III. Beschluss nach Abstimmung

einstimmig beschlossen.

Top 6: Zwischenbericht zum Stand der ersten Planungen für 10-jähriges Jubiläum des Integrationsbeirats

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration, Herr Vernim

Frau Lang weist darauf hin, dass man sich hierzu nächste Woche am Mittwoch um 16.00 Uhr online treffen werde. Sie bittet darum daran zu denken. Falls noch jemand mitmachen wolle, würde man sich sehr freuen. Frau Lang ergänzt, dass sie aktuell nur wisse, dass das letzte Treffen schon länger her sei. Herr Vernim und Frau Dirnberger hätten hier bereits fleißig gearbeitet, Leute angeschrieben und akquiriert, sowie dass man bereits einen Termin festgelegt habe. Sie übergibt das Wort an Herrn Vernim.

Herr Vernim begrüßt alle und berichtet, dass es um die Planung des 10jährigen Jubiläums des Integrationsbeirats der Stadt Regensburg gehe. Vorerst habe man sich darum gekümmert, den Termin festzulegen und vor allem die Ehrengäste möglichst frühzeitig festzumachen, da diese Schritte den längsten Vorlauf benötigen.

Neben der Oberbürgermeisterin hätten der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Herr Karl Straub MdL und Frau Mitra Sharifi-Neystanak, die Vorsitzende der AGABY inzwischen zugesagt.

Des Weiteren sei man aktuell mit der Suche nach passenden Räumlichkeiten beschäftigt. Hier gebe es bereits einige durchaus interessante Optionen, aber es sei noch keine Entscheidung gefallen. Dies werde natürlich Thema im nächsten Planungstreffen sein. Die endgültige Auswahl, in welchen Räumlichkeiten die Veranstaltung stattfindet, hänge neben den Kosten auch von den Vorstellungen bezüglich des Konzepts der Veranstaltung ab. Also was genau bei der Feier passieren solle, hier sei man aktuell noch im frühen Stadium und natürlich auch von der geplanten Teilnehmerzahl.

Alles Weitere werde beim nächsten Planungstreffen diskutiert, nächste Woche am 04. Dezember um 16 Uhr als Onlinemeeting. Primär dazu eingeladen sei der Vorstand, da man den Kreis in den frühen Planungsstadien nicht zu groß machen wolle.

Wenn es dann später um eine detailliertere Ausgestaltung des Events gehe, werde man vermutlich den Einladungskreis erweitern, um möglichst viele Perspektiven und Meinungen dabei zu haben.

Frau Lang fragt, ob es noch Wortmeldungen gibt. Dies ist nicht der Fall.

Top 7: Beschluss: Kontaktaufnahme mit inaktiven Mitgliedern

Berichterstattung: Vorstand

Frau Lang berichtet, dass immer wieder festgestellt werden müsse, dass manche Mitglieder, sei es aus gesundheitlichen oder privaten Gründen, häufig nicht an den Sitzungen und Terminen des Beirats teilnehmen. Es stelle sich dann für die geschäftsführende Stelle die Frage, ob sie mit den betreffenden Mitgliedern eigenständig Kontakt aufnehmen solle oder ob dies jedes Mal zunächst mit dem Vorstand oder dem gesamten Beirat abgesprochen werden sollte.

Das Vorgehen soll mit dem vorliegenden Beschluss vereinheitlicht werden. Es gehe nicht um Fälle, dass jemand mal krank sei und zwei oder drei Sitzungen im Jahr verpasse. Es könne ja immer mal passieren, dass man im Privaten stressige Zeiten habe, wie jeder auch selber wisse. Es gehe um Mitglieder, die man kaum erreiche oder die auch oft nicht da gewesen seien. Erst einmal um überhaupt nachzufragen, ob alles okay sei. Man müsse schon schauen, dass der Beirat zumindest immer beschlussfähig sei und auch immer möglichst viele sind. Frau Lang erläutert, dass es sich um ein wichtiges Ehrenamt handle und man dies den Leuten schuldig sei, die den Beirat gewählt oder berufen haben, sie richtig zu vertreten. Frau Lang fragt nach, ob es zu dieser Beschlussvorlage Aussprachebedarf oder Fragen gebe. Dies ist nicht der Fall.

Es wird festgestellt, dass keine Gegenstimmen vorliegen und der Beschluss einstimmig angenommen wird.

I. Beschlussvorschlag

Der Integrationsbeirat beauftragt die Geschäftsstelle mit Folgendem:

1. Fortwährende Prüfung der Anwesenheitslisten der vergangenen Sitzungen auf unentschuldigte Fehlzeiten und Teilnahmequoten.
2. Kontaktaufnahme mit Mitgliedern, die innerhalb eines Jahres an drei Sitzungen ohne Entschuldigung gefehlt haben, oder an weniger als 50 % der Sitzungen teilgenommen haben.
3. Gründe für die Abwesenheit werden erörtert und die Möglichkeiten einer zukünftigen aktiven Mitwirkung besprochen.
4. Die geschäftsführende Stelle berichtet dem Vorstand des Integrationsbeirats über die Ergebnisse der Kontaktaufnahmen und besprochene Maßnahmen.
5. Falls die Mitglieder weiterhin nicht in der Lage sind, ihren Aufgaben nachzukommen, wird dies dem Integrationsbeirat zur weiteren Entscheidung vorgelegt.

II. Begründung

Der Integrationsbeirat ist auf die aktive Mitarbeit und regelmäßige Teilnahme seiner Mitglieder an Sitzungen und Arbeitsgruppen angewiesen, um die in der Satzung vorgegebenen Aufgaben erfolgreich zu erfüllen.

Mit Bezug auf § 4 Absatz 13 der Integrationsbeiratssatzung soll mit Mitgliedern, die entweder unentschuldigt bei drei Sitzungen im Jahr fehlen oder an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilnehmen, Kontakt aufgenommen werden.

Dieser Schritt dient dazu, die persönliche Situation der Mitglieder zu berücksichtigen, mögliche Hinderungsgründe zu ermitteln und die Zukunft ihrer Mitgliedschaft zu klären.

Mit dieser Maßnahme sollen einerseits die Funktionsfähigkeit des Beirats gesichert und andererseits die in der Satzung verankerten Rechte und Pflichten der Mitglieder respektiert werden. Die Kontaktaufnahme ermöglicht es, frühzeitig Lösungen zu finden, die eine aktive Mitwirkung der Mitglieder fördern oder um bei Bedarf eine Neubesetzung des Sitzes einzuleiten.

III. Beschluss nach Abstimmung

einstimmig beschlossen.

Top 8: Rücktritt und Neuwahl des/der ersten stellvertretenden Vorsitzenden

Berichterstattung: Vorstand

Frau Lang komme nun zu einer nicht schönen Nachricht. Herr Märton habe ja bereits per Mail angekündigt, dass es bei ihm aus privaten Gründen zu viele terminliche Überschneidungen gebe und nicht ausgehe. Sie übergibt das Wort an Herrn Märton.

Herr Märton bedankt sich für das Wort und erklärt, dass es eigentlich nicht viel zu sagen gebe. Nur so viel, dass seine privaten Verpflichtungen in den letzten zwei Jahren exponentiell zugenommen haben, anders als es geplant gewesen sei. Dementsprechend inaktiv sei er leider in diesem Amt. Er denkt, dass es jemand weitermachen solle, der etwas mehr Zeit mitbringe. Aus diesem Grunde mache er den Platz frei. Herr Märton fragt, ob er schon jemanden vorschlagen dürfe.

Frau Lang ergänzt, dass man dazu jetzt komme. Sie bedankt sich bei Herrn Märton und betont, dass es nicht selbstverständlich sei, diesen Schritt zu machen. Sie bedankt sich, dass er dies so handhabe und so jemand Anderen die Möglichkeit gebe, etwas aktiver mitzugestalten.

Frau Lang erklärt, dass nun die Neuwahl des ersten Stellvertreters auf der Tagesordnung stehe, was bedeute, dass nach § 34 Abs. 5 der Gemeindeordnung zuerst ein Wahlausschuss benötigt werde. Herr Graf, Herr Irmisch und Herr Gaittet erklären sich hierzu bereit. Frau Lang fragt, ob es andere Vorschläge gibt oder jemand gegen diesen Wahlausschuss sei. Dies ist nicht der Fall. Frau Lang spricht dem Wahlausschuss das vollste Vertrauen aus.

Frau Lang erklärt, dass nun Vorschläge geliefert werden dürfen und verweist auf Herrn Märton, der eben hierzu schon etwas gesagt habe.

Herr Märton möchte Frau Mariana Torreblanca Cruz vorschlagen. Sie habe seiner Meinung nach letztes Jahr wunderbare Arbeit geleistet. Er denkt, dass sie als erste Stellvertreterin sehr gutes und weises leisten werde.

Frau Lang bedankt sich bei Herrn Märton für den Vorschlag. Sie betont, dass Frau Torreblanca Cruz heute trotz Erkrankung gekommen sei, da es ihr ein Anliegen sei hier zu sein und sie habe ja auch die Öffentlichkeitsarbeit des Beirats vorangetrieben, dies in die Hand genommen und sich sehr aktiv bei vielen Sachen beteiligt.

Frau Lang fragt Frau Torreblanca Cruz, ob sie sich zur Wahl stellen wolle. Frau Torreblanca Cruz bedankt sich und nehme würde die Aufgabe gerne übernehmen.

Frau Lang fragt nach, ob es weitere Vorschläge gebe. Dies ist nicht der Fall. Frau Lang erklärt, dass nun jedes stimmberechtigte Mitglied einen Stimmzettel erhalte, auf dem alle stimmberechtigten Beiratsmitgliedern aufgeführt seien.

Frau Lang erklärt, dass jeweils nur ein Kreuz gesetzt werden dürfe und leere Stimmzettel ungültig seien. Andere Namen oder anderes auf den Stimmzettel zu schreiben werde auch als ungültig gewertet.

Herr Vernim ergänzt, dass es schon wichtig sei, dass auf jeden Fall ein Name angekreuzt oder darauf geschrieben werden müsse. Ein "ja", auch wenn es nur eine Kandidatin gebe, die vorgeschlagen worden sei, gilt nicht. Es sei nämlich grundsätzlich schon erlaubt, dass man auch jemanden anderen wähle, der jetzt nicht aktiv gesagt habe, dass er das möchte oder vorgeschlagen worden sei. Daher gelte ein "Ja" nicht, es müsse ein Name auf der Liste angekreuzt oder ein Name konkret darauf geschrieben werden, sodass man ihn lesen und verstehen könne und es müsse natürlich ein stimmberechtigtes Mitglied des Beirats sein.

Frau Lang bedankt sich für die Aufklärung.

Herr Vernim ruft nun in alphabetischer Reihenfolge die anwesenden stimmberechtigten Mitglieder auf, bittet diese dann nach hinten zum Wahlausschuss zu gehen, den Stimmzettel zu bekommen, diesen anzukreuzen und dann in die Wahlurne zu werfen und den Weg für den nächsten freizumachen.

Frau Lang stellt fest, dass nun alle Stimmen abgegeben worden seien und unterbricht kurz die Sitzung, damit der Wahlausschuss die Stimmen zählen könne.

Sitzungsunterbrechung von 17 Uhr bis 17:05 Uhr.

Frau Lang begrüßt alle zurück, stellt fest, dass nun alle Stimmen ausgezählt worden seien und bedankt sich bei dem Wahlausschuss für die professionelle Ausführung der Wahl. Frau Lang bittet Herrn Vernim das Ergebnis zu verkünden.

Herr Vernim erläutert, dass 13 stimmberechtigte Mitglieder des Integrationsbeirats anwesend gewesen seien, es seien 13 Stimmzettel abgegeben worden und auch 13 Stimmzettel in der Wahlurne vorgefunden worden. Von den abgegebenen Stimmzetteln seien Null Stimmzettel leer abgegeben worden, Null Stimmzettel hätten auf "Nein" gelautet und es habe auch keine beschlussmäßig zu behandelnden Stimmzettel gegeben. Dies heiÙe, dass 13 Stimmzettel abgegeben wurden, Null davon ungültig seien, gültig demnach 13 Stimmzettel. Von diesen gültigen Stimmzetteln entfallen 11 Stimmen auf Frau Mariana Torreblanca Cruz, eine Stimme auf Frau Stephanie Schwarz und eine Stimme auf Herrn Nurdoĝan Cetinkaya. Damit sei Frau Mariana Torreblanca Cruz gewählt, sofern sie die Wahl annehme. Frau Lang fragt Frau Torreblanca Cruz, ob sie die Wahl und den Posten annehmen wolle.

Frau Torreblanca Cruz erklärt, dass sie die Wahl sehr gerne annehme und bedankt sich bei allen für das Vertrauen. Sie wisse, dass dies eine Verantwortung sei und sie sich daher sehr geehrt fühle.

Frau Lang beglückwünscht Frau Torreblanca Cruz und bittet Herrn Märton mit Frau Torreblanca Cruz die Plätze zu tauschen.

Frau Lang bedankt sich für das disziplinierte und schnelle Verfahren, sowie bei den Stimmentauszählern. Sie begrüÙt Frau Torreblanca Cruz auf ihrem neuen Platz und verweist auf den nächsten Tagesordnungspunkt.

Top 9: Berichte der AGs

Frau Lang stellt fest, dass es bereits einige Tagesordnungspunkte der AGs gegeben habe. Sie fragt nach, ob noch jemand etwas berichten wolle.

Frau Arndt-Grundei berichtet für die AG Antirassismus, Politik und Soziales. Sie verweist auf das letzte versandte Protokoll zur Sitzung, weswegen sie jetzt nicht ausführlich berichten werde, was in der AG bisher gemacht worden sei. Sie erklärt, dass man an dem Thema mit der Firma Buschmann und den Beschwerden die sie dazu erreichen, dranbleibe. Man habe sich jetzt überlegt, sich hier Unterstützung von AGABY zu holen. Die Infostände seien bereits besprochen worden, sodass es dies erst einmal gewesen sei.

Frau Lang bedankt sich und fragt, ob es weitere Berichte gebe. Dies ist nicht der Fall.

In der Vorbereitungssitzung sei kurz besprochen worden, die Protokolle der AGs immer anzuhängen, um die Sitzungen nicht unnötig auszudehnen. Frau Lang bittet daher, sich die Protokolle auch immer durchzulesen, damit man sehe, was in den AGs gemacht werde. Ausführlich berichten werde man zukünftig vermutlich nicht mehr, da zum einen dies in den TOPs schon behandelt werde und es zudem auch einfacher sei, die Protokolle zu Hause zu lesen. Bei Fragen zu einzelnen Punkten, gehe man natürlich gerne darauf ein.

Frau Lang fragt, ob dies für jeden so in Ordnung sei. Dies ist der Fall.

Top 10: Bericht der geschäftsführenden Stelle

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

Frau Lang erläutert, dass hier von Herrn Irmisch bereits eine Frage an Frau Spitaler-Kossok herangetragen worden sei. Sie übergibt das Wort an Herrn Irmisch.

Herr Irmisch erklärt, dass am Mittwoch wieder das Amt für Integration und Migration in den Medien gewesen sei, weswegen er Frau Spitaler-Kossok als Amtsleiterin bittet, sich hier kurz zu äußern, damit alle auch hierüber informiert seien.

Frau Spitaler-Kossok erklärt, dass sie dies natürlich gern mache und Herr Irmisch sich auf einen Artikel in der Mittelbayerischen Zeitung beziehe, unter der Überschrift "Regensburger Ausländerbehörde will HIV-Tests sehen". Der Artikel habe einen Passus enthalten, demnach ein Regensburger Rechtsanwalt, um dessen Mandaten es gehe, gesagt habe, dass dies ein Skandal sei, weil seiner Meinung nach ein solches Vorgehen einer deutschen Behörde nicht nur, wie es da heiße, "eklatant rechtswidrig und diskriminierend sei", sondern dies auch einen Schatten auf das Vorgehen der Ausländerbehörde der Stadt Regensburg werfe. Konkret habe es in dem Artikel auch geheißen, "ob die Anforderung eines HIV-Tests an der afrikanischen Abstammung seines Mandanten liegt", habe auch der Regensburger Rechtsanwalt nicht beantworten können, was durchaus Fragen aufwerfe.

Frau Spitaler-Kossok erklärt, dass sie hierzu schon gerne Stellung nehmen will, soweit dies der Datenschutz erlaube und Informationen nicht ohnehin schon durch den Presseartikel oder allgemein bekannt seien. Es gehe in dem Fall um einen eritreischen Staatsbürger, der gerne seine Frau und seine Familie nachholen möchte. Die Frau sei noch in einem Visumverfahren, das federführend von der Deutschen Botschaft betrieben werde. Im konkreten Fall sei es um den Nachweis der gültigen Eheschließung gegangen. Die Botschaft habe ein Schreiben an die Ausländerbehörde geschickt, in dem sie Möglichkeiten aufgezeigt habe, wie der Kunde das Vorliegen einer gültigen Ehe nachweise könne. Unter anderem natürlich durch das Vorlegen einer beglaubigten Eheurkunde und auch die Möglichkeiten, eine solche nachträglich zu beschaffen.

In Eritrea gebe es mehrere Möglichkeiten der Eheschließung, einmal ähnlich wie hier am Standesamt, eine religiöse Ehe oder eine Ehe nach ortsüblichem Recht. Nicht immer würden diese beurkundet, deshalb wurden weitere Optionen aufgeführt. Die Botschaft habe unter anderem Videobeweise genannt oder Aussagen von Zeugen und auch den Nachweis eines HIV-Tests, da es bei Eheschließungen ortsüblich sei, einen solchen anzufordern. Genau das was die Botschaft geschrieben habe, sei bereits im September eins zu eins an den Kunden kommuniziert worden. Man habe also keine eigenen Nachweisooptionen erfunden, sondern die Erläuterungen der Botschaft eins zu eins an den Kunden weitergeleitet.

Der Kunde werde mittlerweile von dem Regensburger Rechtsanwalt vertreten und Montagabend sei die erste Mail eingegangen mit einer Anfrage zu diesem Thema. Am Dienstagmorgen sei bereits die MZ-Anfrage vorgelegen, bevor das Amt für Integration und Migration eine Chance hatte, die erste Anfrage zu beantworten. Man habe dann nach Vorliegen der Presseanfrage noch geantwortet und auch entsprechend auf die Presseanfrage geantwortet, wie sie es gerade hier erklärt habe. Dies habe aber nicht verhindert, dass der Artikel so geschrieben wurde, wie er geschrieben worden sei.

Der Rechtsanwalt habe dann nochmal geantwortet, dass er das Vorgehen immer noch nicht verstehe und rechtswidrig finde. Diese Mail habe einen weiten Verteilerkreis genommen, weswegen sie jetzt vermutlich gebeten worden sei, hier darauf einzugehen. Der Anwalt habe die Mail nicht nur an sie und den Leiter der Abteilung Ausländerangelegenheiten geschickt, sondern auch an die Oberbürgermeisterin, die Gleichstellungsstelle, das Bayerische Innenministerium und das Bundesinnenministerium.

Frau Spitaler-Kossok betont, dass sie sich an dieser Stelle gegen die Vorwürfe, die in diesem Artikel erhoben wurden, verwahre. Man habe weder in der Absicht gehandelt, irgendwelche Kunden zu diskriminieren, noch habe man aus rassistischen Gründen einen HIV-Test verlangt. Es sei exakt das weitergegeben worden, was die federführend zuständige Deutsche Botschaft wohlgerne nicht verlangt, sondern als alternative Möglichkeiten für den Nachweis einer geschlossenen Ehe aufgezeigt habe. Aus diesem Grund lasse man aktuell prüfen, welche Möglichkeiten man habe, gegen diese Berichterstattung vorzugehen.

Dies sei soweit der aktuelle Stand hierzu. Frau Spitaler-Kossok stehe gerne für Nachfragen zur Verfügung.

Herr Cetinkaya frage nach, ob es durch die Mittelbayerische Zeitung eine Richtigstellung geben werde.

Frau Spitaler-Kossok lasse gerade durch die Pressestelle prüfen, ob eine Gegendarstellung möglich sei. Sie erkläre, dass es leider nicht der erste Presseartikel dieser Art über einen Mandanten von speziell diesem Rechtsanwalt sei, mit dem man sich dieses Jahr beschäftigten habe müssen. Sie erläutere, dass der aktuelle Artikel sie gerade deswegen ärgere, weil sie die letzte sei, die behaupte, dass in ihrem Amt keine Fehler passieren. Fehler passieren, dies sei menschlich und davor seien alle nicht gefeit. Aber sie verwahre sich eindeutig gegen die Unterstellung, dass man absichtlich diskriminierend oder willkürlich gehandelt habe.

Herr Sbirkov frage nach, wie es dazu komme, dass das Amt den Test als Nachweis für eine alternative Eheschließung fordere und ob der Kunde keinen Ehevertrag oder ähnliches vorgezeigt habe.

Frau Spitaler-Kossok erkläre, dass das Visumsverfahren nicht vom Amt für Integration und Migration, sondern von der Botschaft betrieben werde und die bis dato vorgelegten Unterlagen, soweit sie das sagen könne, der Botschaft offensichtlich noch nicht ausreichen, um die Ehe als rechtsgültig anzuerkennen. Herr Sbirkov ergänze, dass es dann also aufgrund fehlender Nachweise dazu gekommen sei. Frau Spitaler-Kossok bejahe dies.

Frau Lang frage, ob es noch Nachfragen gibt. Sie erläutere, dass sie dies schon sehr schade finde, dass diese Anwaltskanzlei immer wieder auf dieselbe Art vorgehe, immer wieder kurzfristig schreibe und nicht darauf warte, bis eine Antwort vom Amt komme, sondern sich immer öfter sofort an die lokale Presse wende. Auch in der Bundespresse bei Spiegel und Co. sei die Kanzlei ja schon vertreten gewesen. Es sei natürlich gutes Recht von Mandanten, sich vertreten zu lassen und hier auch auf gewisse Diskrepanzen oder Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen, dies solle hier nicht falsch verstanden werden. Aber sie finde, gerade wenn man als Anwaltskanzlei hantiere, sollte man sachlich bleiben und abwarten, bis eine Richtigstellung komme; zumal man es sich sonst sparen könne, die Ämter anzuschreiben, wenn man die Meinung anscheinend sowieso nicht hören wolle. Dies sei sehr schade, wenn so und nicht produktiv gearbeitet werde, da hier eben dann noch mehr Ressourcen gebunden würden. Bekanntermaßen könne man diese Energie definitiv für andere Sachen verwenden.

Frau Lang bedanke sich nochmal für die Ausführungen und frage nach, ob es noch Fragen an Frau Spitaler-Kossok gebe. Dies ist nicht der Fall. Frau Lang übergibt das Wort an Herrn Vernim.

Herr Vernim erkläre, dass er noch ein paar ergänzende Infos habe, wobei es hauptsächlich um anstehende Termine gehe. Dies habe er heute auch schon herumgeschickt. Trotzdem wolle er noch ein paar Sachen hervorheben.

Der seit heute als beratendes Mitglied in den Beirat berufene Verein Hromada e.V. feiere diesen Sonntag im Mehrgenerationenhaus seinen zweiten Geburtstag. Sicherlich freue man sich, wenn jemand vom Integrationsbeirat vorbeikommen könne. Eine Anmeldung sei nicht erforderlich.

Weitere Termine:

- Montag 2. Dezember 2024 20 Uhr im Thon-Dittmer-Palais (Haidplatz)
Bürgerversammlung der Stadt Regensburg für die Innenstadt und Gesamtstadt
- Mittwoch 4. Dezember 2024, 16 Uhr (online)
Nächstes Planungstreffen 10-Jahres-Jubiläum
- Freitag 6. Dezember 2024, 10 Uhr (online)
Bundesweites Vorbereitungstreffen IWgR 2025 der Stiftung gegen Rassismus
- Dienstag 10. Dezember 2024, 19 Uhr im EBW Regensburg (zum Tag der Menschenrechte)
Ukraine: Menschenrechte in Zeiten des Krieges
- Donnerstag 12. Dezember 2024, 14 Uhr
Stadtratssitzung mit voraussichtlich Sachstandsbericht Integrationskonzept und auch Haushaltsberatungen
- Montag 16. Dezember 2024, 11:30 Uhr (online)
Planungstreffen Internationaler Frauentag am 08. März 2025
- Donnerstag 19. Dezember 2024, 16:30 Uhr
3. Planungstreffen IWgR 2025 in Regensburg (online und hybrid im M26)
- Mittwoch 8. Januar 2025, 16 Uhr (online)
Vorbereitungstreffen zum Klausurtag
- Samstag 15. Februar 2025, Amt für Integration und Migration
Klausurtag Integrationsbeirat
- Sitzungstermine für 2025:
 - Freitag, den 14.02.25 um 16 Uhr
 - Freitag, den 23.05.25 um 16 Uhr
 - Freitag, den 11.07.25 um 16 Uhr
 - Donnerstag, den 18.09.25 um 16 Uhr
 - Freitag, den 28.11.25 um 16.30 Uhr

Frau Lang fragt nach, ob es noch Fragen oder Anliegen gibt.

Sie möchte noch kurz auf den Weltfrauentag am 8. März eingehen. Hier sei Frau Stupavsky angesprochen worden bezüglich einer möglichen Beteiligung des Beirats. Sie finde dies sehr sinnvoll, wenn man sich beteiligen würde. Hier müsse man sehen, wie man das umsetzen könne. Wenn sich hier jemand sofort berufen fühle, bittet sie dies gleich zu sagen.

Frau Lang bittet die Beteiligten an den Austauschtreffen mit der Ausländerbehörde darum, auf die aktuelle Terminanfrage zu antworten. Herr Vernim ergänzt, dass der Termin aktuell noch freigehalten werde, es aber gut wäre, wenn der Kreis, der hier unmittelbar involviert sei, sich bis nächsten Montag noch melde. Wenn er nicht stattfinden könne, würde man für Anfang 2025 schauen, einen Ersatztermin zu finden.

Frau Lang bedankt sich und fragt ob es noch Anmerkungen gibt. Dies ist nicht der Fall.

Frau Lang bittet noch darum, Fotos von Terminen und Treffen entweder selbst in den Social Media-Kanälen des Beirats zu posten oder diese an sie, Frau Torreblanca Cruz oder die Geschäftsstelle zu schicken. Man unterschätze die Social Media Präsenz noch und man solle dies nicht ruhen lassen. Frau Arndt-Grundeit fragt nach, ob man es über WhatsApp schicken solle. Frau Lang erklärt, dass man dann auf High Quality drücken solle, da WhatsApp die Fotos sonst sehr verkleinere und dies dann immer sehr verpixelt sei. Frau Arndt-Grundeit fragt nach, ob es per Mail besser sei. Frau Lang erklärt, dass dies auch gehe, aber es beim Versenden mit WhatsApp eben dies zu beachten gebe.

Frau Lang bedankt sich, wünscht einen ruhigen Dezember, eine ruhige Weihnachtszeit, einen wunderschönen Start ins neue Jahr und verabschiedet sich bis zur nächsten Sitzung.

Regensburg,

gez.
Julia Lang
Vorsitzende

Protokoll: Dirnberger Melanie (Amt für Integration und Migration, geschäftsführende Stelle)

